

Gefinnungsgenossen! Werbt für eure Volks=Zeitung!

Reichstag.

92 Sitzung, Dienstag, den 18. Januar, vormittags 10 Uhr.
Im Bundesrat: Dr. Helfferich.

Abg. Scheidemann (Soz.):
Ich halte es für ganz unmöglich, daß wir in den 14 Tagen vom 1. März bis 1. April den Etat mit den zu erwartenden neuen Steuern gründlich beraten können. Ich möchte jetzt schon darauf bestehen, daß man sich nicht auf den 1. April als Termin festsetzt, sondern sich für eine längere Zeit eine genügende Beratung vorbehalten soll, sondern um Kriegsfinanzmaßnahmen, Notstandsmaßnahmen.

Abg. Helfferich: Es soll auch in Friedenszeiten vorkommen sein, daß der Etat nicht immer bis zum 1. April fertig wird. (Heiterkeit.) Wir werden uns auch diesmal mit einem solchen behelfen müssen, denn ich gehe zu, daß die Wahrscheinlichkeit für rechtzeitige Fertigstellung des Etats nicht sehr groß ist. Er ist kompliziert und durch die Steuererlässe, die notwendig sein werden, um das mit Sicherheit zu erwartende Defizit des Etats zu decken. Allerdings wird es sich auch bei diesen Steuererlässen um keine Reichsfinanzreform handeln können, die für längere Zeit eine genügende Beratung schaffen soll, sondern um Kriegsfinanzmaßnahmen, Notstandsmaßnahmen.

Abg. Helfferich (Soz.): Auch wenn, was wünschenswert wäre, der Budgetkommission vielleicht zum 7. März einberufen wird, wird es doch kaum möglich sein, den Etat einschließlich der Steuererlässe bis zum 1. April zu verabschieden. Die Vorlagen sollten der Öffentlichkeit zur Stellungnahme bekannt gegeben werden. (Zusammenruf.) Unter die Worte des Staatssekretärs, daß diese Steuererlässe nur ein provisorischer Charakter im wesentlichen sein soll, möchte ich doch ein Fragezeichen machen. (Sehr richtig!) Angesichts der Finanzlage nach dem Kriege ist die Aussicht, daß einmal bestimmte Steuern wieder verschwinden, sehr gering. Um so genauer werden wir sie prüfen müssen.

Abg. Ledebour (Soz.):
Der einzig durchschlagende Grund für die lange Verzögerung ist, daß die Regierung sich nicht in der Lage befindet, die erforderlichen Vorlagen früher fertigzustellen. Die Gründe, die der Staatssekretär anführt, sprechen gerade für eine frühzeitige Einberufung. Ich nehme doch nicht an, daß die Kapitalisten Konventionen derartige Bestimmungen auf Kriegsfinanzmaßnahmen bei sich erweckt hat, welche die Regierung, daß er deshalb nicht glaubt, daß es sich um besondere Steuern handeln wird. Jedenfalls muß der Reichstag längere Zeit über den 1. April hinaus zusammenbleiben.

Abg. Helfferich: Selbstverständlich wird dem Reichstag Gelegenheit zum gründlichen Durchlesen der Vorlagen gegeben werden. Daran muß ich festhalten, daß die Steuererlässe nur ein provisorischer Charakter haben werden. Eine organische Reorganisation des Finanzwesens während des Krieges durchzuführen, ist unmöglich. Darüber werden wir uns erst in Friedenszeiten beschäftigen können.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Ich schließe mich dem Wunsch an, daß die Budgetkommission bereits am 7. März zusammentritt.
Abg. Dr. Hertel (L.): Ich stimme dem Wunsch an, daß die Steuererlässe der Öffentlichkeit frühzeitig bekanntgegeben werden mögen.

Abg. Scheidemann (Soz.):
Ich stelle fest, daß das ganze Haus genügend Zeit zur Beratung des Etats wünscht. Nebenfalls werden wir uns die Steuern sehr gründlich ansehen müssen.

Die Beratung des Reichstags bis zum 16. März wird beschlossen.
Es folgt die Beratung der Resolutionen der Kommission über die Handhabung der Zensur.

Die Sozialdemokraten beantragen dazu Aufhebung des Belagerungszustandes und insbesondere Wiederherstellung der Pressefreiheit.
In ihren Resolutionen ersucht die Kommission den Reichstag, folgend zu fassen:
a) daß unter dem Einfluß der jetzt geltenden Ausnahmebestimmungen keine Einrichtungen geschaffen werden, die geeignet sind, auch in Friedenszeiten die Pressefreiheit und die Freiheit der öffentlichen Meinung zu beeinträchtigen;
b) daß beim Kriegszustand und bei allen Generalverordnungen des Reichspräsidenten aus Verweigerung der Militärbehörden und kaiserlichen Beamten Personen gebildet werden, damit die Parteien der Zensur befreit oder gemindert werden;
c) daß jedem Zeitungsbereiter zunächst eine mit Begründung versehenen Warnung an den Verlag vorausgehen muß;
d) daß das Verbot einer Zeitung nur mit Zustimmung des Reichspräsidenten erfolgen darf, und ferner:
e) daß Pläne der inneren Politik, der Handelspolitik und der Steuerpolitik der Pressezensur nicht unterworfen werden.

Abg. Tittmann (Soz.):
Das Gambol, unter dem wir jetzt in die Beratungen eintreten müssen, ist der Kaufkraft, ein Kaufkraft für den deutschen Reichstag. (Sehr richtig!) (Mehrer zeigt dem Hause einen Reichstagsdruck des „Vollständigen für Döffe“, aus dem die Zensur verschiedene Stellen gestrichen hat.) So fuhrwerk ist die Zensur mit den Reden herum, die wir halten. (Sehr richtig!) (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Die meisten Stellen, die Sie sehen, entziehen die Kritik. Die Simon hier am Donnerstag an der Reichstagsbibliothek geübt. Die Zensur in Halle streicht einfach die Kritik aus dem Reichstagsbericht heraus. (Geneute Rufe d. d. Sozialdemokraten: Hört! Hört!) Das Volk soll nicht erfahren, was im Reichstag gesagt worden ist, das ist unehrlich, das ist eine Verletzung der Reichsversammlung (Geneute Zustimmung d. d. Sozialdemokraten), die wahrheitsgemäße Reichstagsberichte ausdrücklich zum Ausdruck freigelegt. Es geht um das Recht des Reichstags! (Lache des Präsidenten.) Es handelt sich nicht um den Mißgriff eines stützigen Zensur, nein, die Streichung in Halle ist auf telegraphische Anordnung von Berlin aus erfolgt. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Rein Knechtmann in Halle, Redakteur Hennig, schreibt mir darüber folgendes:
„Ich fragte Montag bei dem Zensur telefonisch an, ob diese Streichung im Reichstagsbericht etwa mißverständlich sei. Darauf erwiderte mir der Polizeikommissar folgende Antwort: „Rein, ich habe sogar telegraphische Nachschub aus Berlin, die Streichungen haben keinen Zweck.“
(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Und mein Gewährsmann schreibt weiter:
„Am Tage nach dem Erscheinen des Reichstagsberichts mit den weihen Stellen, teilte uns der Zensur telefonisch mit: „Sie haben nur die Erlaubnis, ganz keine unaufrichtige Stellen weiß zu lassen; die beiden weihen Stellen im gefälschten Reichstagsbericht sind viel zu groß.“ (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wird Ihnen hiermit das Verbot der Zeitung angedroht. (Hört! Hört! d. d. Sozialdemokraten), wenn Sie nochmal so große Stellen weiß erwidern lassen.“
Da haben Sie die Zensur in Reinfall, wie sie leicht und leicht, wie sie tagtäglich bei uns in Deutschland kühnt gegen das freie Wort, da haben Sie den schlagenden Beweis dafür, wie unsere Gewalttäter im Sinne von Gesetz und Verfassung heranzutreiben. (Sehr richtig! Lache des Präsidenten.)

Präsident Döffe: Das dürfen Sie nicht sagen. Diese Ausdrücke sind nicht zulässig.

Abg. Tittmann:
Ich glaube, daß man im Deutschen Reichstag deutsch reden kann. (Präsident Döffe verbietet sich jede Kritik seiner Geschäfts-führung.)
In den Zeiten der Kriegszeit sind oft den Vätern gelobte Berge bezapfen worden und später wurden die Versprechungen nicht eingelöst. Soll es wieder so gehen, fast scheint es so. Was hat man und nicht alles im Laufe der Kriegszeit versprochen. Bei Kriegs-ausbruch versprachen der Kaiser, er leugne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche. Im Dezember 1914 jagte der Reichskanzler, wie vor einer Jahrtausend hat die Lawen gefallen, die eine die und dumpe Zeit lang die Glieder des Volkes trennten, die wir ausge-richtet hatten in Mißvertrauen, Mißgunst und Mißtrauen. Weiter folgte er, eine Festsetzung und Begünstigung ist es, daß dieser ganze Miß- und Unrat weggefegt ist, daß nur noch der Mann gilt, einer gleich dem anderen. Und dann führte der Reichskanzler aus, Deutsch-land führe den Krieg für Recht und Freiheit, damit wir uns ent-wickeln könnten als ein freies Volk. Die letzte Thronrede verbriefte und in geschönten Tönen, der Geist gegenseitigen Vertrauens und Vertrauens wird auch im Frieden fortwähren. Als eine hülle- fähiger Worte feierlicher Versicherungen und freudiger Ver- sprechungen ist aber das deutsche Volk ausgeschiedet worden. Wenn Worte Taten wären, wäre das deutsche Volk auf dem dritten Wege, das freiste und glücklichste Volk zu werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie aber das versprochene Reich der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in der Wirklichkeit aussieht, das habe ich Ihnen ja schon eingangs an einem drastischen Beispiel gezeigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wo ist denn der geehrte Herr des Vertrauens und Vertrauens gegenüber dem deutschen Volk. Wer so schöne Zukunftsvisionen und Versprechungen macht, der muß doch auch in der Gegenwart etwas von diesem Ver-trauen verdienen lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber es ist alles beim alten geblieben, es betrifft das tiefste Miß-trauen gegen das Volk. Selbst die gesetzlichen Garantien, die die höheren Reichsämter schützten, sind beseitigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Seitlich verordnete der Oberbefehlshaber in den Marken, daß die Verhängung des Belagerungszustandes nur erforderlich sei zur raschen, gleichmäßigen Durchführung der Mobil-machung. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber auch nach der Mobilmachung wurde er aufrechterhalten und die voll-ziehende Gewalt verbleibt bei den Militärbehörden, die nach und nach ihre Reichsbefugnisse erweitert haben, die Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht, die persönliche Freiheit wurden noch und noch aufgehoben, und an Stelle von Recht und Gesetz ist Willkürherrschaft und kaiserliche Diktatur getreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Zustände sind nicht etwa die Folge einer Reihe von Mißgriffen, sondern die Folge des ganzen Systems. Das militärische Denken und fühlen kennt eben nur Befehle und Gehorsam, eine Schule moderner Staatsver-waltungskunst kann die militärische Bauart nicht sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was haben die General- kommandos aus dem Kaiserwort über die Parteien und aus dem Aus-frieden gemacht. Noch über Aufassung haben die Parteien überhaupt keine Erfahrung gemacht. Das ganze Volk soll einen neutralen Standpunkt haben, der aber natürlich der Stand- punkt der Militärbehörden ist. Dabei hat am 18. März v. J. selbst Graf Helmuth als Reichspräsident der Budgetkommission fest- gestellt, daß die Forderung des Ausfriedens kein Aufgaben ge- nügender Aufstellungen und grundsätzlicher Parteienpunkte be- dingt, und der Reichskanzler sagte: Ohne Parteien, ohne politischen Kampf kein politisches Leben auch für das freieste und einfluss- reiche Volk. Diesen Erklärungen widerspricht die Praxis der General- kommandos und Reichsbehörden aufs schärfste. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Diktum zum Sozialismus, die Vertretung sozialdemokratischer Forderungen wird in einer ganzen Anzahl von Korpsbezirken nicht gebildet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Presse unserer Partei wird vielfach unter Zensur gestellt, unsere Redakteure haben einen ständigen Kleinrieg mit den Zensuren um jedes einzelne Wort zu kämpfen. Angebildet bezieht man eine rein militärische Zensur, in Wahrheit ist sie zur politischen Zensur geworden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Politische Fragen werden ein- fach für militärische Angelegenheiten erklärt. Uebersicht! In jedes Gebiet des öffentlichen Lebens Politik, Wirtschaft, Kunst, Wissen- schaft, Literatur, literarisches Leben, alles was ist, wird in den Bereich der Zensur gezogen, die dort herumtrotzt, wie das be- kannte Tier im Vorgeschlagenen. Selbst die Konventionen fragen über die Zensur, daß dürfen auf jedes Tabu-Fälle, in denen sie darunter zu leben haben. Hunderte von Rufen bei uns kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterklasse kann ihre Interessen nur in vollster Öffentlichkeit vertreten, sie braucht also Presse und Versammlungsrecht. Könnten sie die Aufzucht- schenungsfeld an den Korps stellen, die sie trotz hoher Kriegs- gelder um ihren Lohn pressen, so wären manche Mißstände nicht möglich gewesen. Aber die Zensur läßt es nicht zu, so unterdrückt das einzige Schwarmittel gegen soziale Unheil, die öffentliche Kritik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Generalkommandos haben während des Krieges auf das Hauptmittel des Streiks verzichtet. Nun darf daher werden sie der Willkür der Unternehmer ausge- liefert. Die deutsche Arbeiterzeitung konnte die schlimmsten Ver- schimpfungen und Verleumdungen gegen die Arbeiter-Bund- schaftern dem Deutschen Metallarbeiterverband aber ist verboten worden, einfach die Taffade auszusprechen, daß von den Unter- nehmen Verleumdungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen ver- bündet worden sind. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Und dieses Verbot hat die außerordentliche Zustimmung des preussischen Kriegsministeriums gefunden. (Hört! Hört! bei den Sozialdemo- kraten.) Da müssen ja die Arbeiter die Zensur als eine Diktatur des Unternehmertums ansehen. (Sehr richtig! bei den Sozial- demokraten.) Die rechtzeitige und rückständige Befreiung des Lebensmittelmenschen wurde in einer ganzen Anzahl von Korps- bezirken von der Zensur einfach unterdrückt. Erst als die Preis- steigerung und Erbitterung zu groß geworden war, wurde etwas Kritik des Wanders gestattet, zunächst aber nur für die bürgerliche Presse. Der sozialdemokratische, die unter Zensur stand, wurde nicht einmal der Nachdruck solcher kritischen Artikel erlaubt. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine Kritik der absicht un- angenehmen Regierungsmaßnahmen ließ die Zensur überhaupt nicht zu. Erst allmählich trat ein Wandel ein, aber als es zu spät war und der Wucher längst alles Maß überschritten hatte. Der be- kannte Rufus des sozialdemokratischen Parteivorstandes war so- chlich unaufrichtig und in der Form sehr zurückhaltend. Das Wort „Wucher“ kommt überhaupt nicht darin vor. Aber der „Korpsort“ wurde unter Zensur wegen des Abdrucks gestellt. Und bei der Aufhebung der Zensur wurde eröffnet, wenn die Redaktion auch weiter nicht beurteilen kann, ob von solchen Artikeln eine Stärkung des Ausfriedens, eine unerwünschte Wirkung auf das Ausland zu befürchten ist, so wäre das Oberkommando erneut verpflichtet, die Korpsur über den „Korpsort“ zu verhängen. Aber ver- schiedene Korpsurteilungen in anderen Korpsbezirken waren auch so „beschränkt“, in dem Rufus des Parteivorstandes keinen Ein- fluß gegen den Wucher zu sehen, darunter auch Frau v. Graf in Münster, in dessen Rufus fast alle sozialdemokratischen Blätter unter Zensur stehen. Die Zensur arbeitet auch positiv. Sie schreibt vor, daß bestimmte Artikel gedruckt werden sollen. Etz ist dabei Pandlangerin der politischen Polizei. Schon bei Kriegs- beginn hat der preussische Minister des Innern den Versuch gemacht, die ganze Presse des Bundes zu beschreiben. In seinem Erlaß an die Kommande bezüglich der „Neuen Korpsbezirk“ sagt er, die mit

einem Stern versehenen Artikel müssen in allen Zeitungen des Reiches abgedruckt werden, und macht die Kommande persönlich hierfür verantwortlich. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) So hat man die Zeitungen zum Ausdruck aus der „Neuen Zeitung“, ja sogar aus der „Tagl. Rundschau“ gezwungen. In aller Weise hat die preussische Regierung unter Druck des Bürgerrechts die raffiniertesten Vorbereitungen getroffen, damit die kommenden Wahlen in ihrem Sinne ausfallen. (Hört! Hört! bei den Sozial- demokraten.) Redner bespricht den Erlaß des Ministers über die Benutzung einer Patientenkorrespondenz durch die Korpspresse. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Das zeigt, wie der Kampf von den Schülern der Regierung geführt wird. Es sei nur an den Erlaß des Landrats a. D. v. Romm erinnert. Die Möglichkeit dieses Vorgangs wird noch dadurch unterstrichen, daß die Presse verhindert wird, die Quelle dieser aufgeschwemmten Artikel anzu- geben. Das ist der ungeschämechte Beweismittel, politische Unmoral in höchster Potenz. (Präsident Döffe rügt diesen Aus- druck als unparlamentarisch.) Die Zensur will im In- und Aus- lande glauben lassen, daß es in Deutschland überhaupt keine Zensur gäbe und daß die Zeitungen sämtlich freiwillige Regierungsan- meldungen seien. Dabei gibt es Korpsbezirke, in denen die Zensur bis zur letzten Anzeigenseite ausgeübt wird. Damit schafft man eine Atmosphäre, in der die unheimlichen Gräueltaten auszu- breiten werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der des Red- ners verlangt man Verlegung des Wortlautes der Reden. Ver- handlungen politischer und gewerkschaftlicher Vereine, Betriebs- zusammenkünfte sind sogar verboten worden. Ein ungeschöner Vorfall über die Aufstellung des Reichstages nicht leicht erlassen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Zutritt wurde unter Strafandrohung verboten, mitzuteilen, daß er keine Rede unter Vorliegen müsse. (Hört! bei den Sozialdemokraten: Unrecht!) Emporen sind auch die vielen Angriffe in die preussische Preside. In Düsseldorf, Krefeld, Duisburg haben 50 bis 60 Partei- gruppen ein Verbot vom Generalkommando erhalten, überhaupt zu reden, weil sie eine Eingabe an den Parteivorstand mit unter- zeichnet haben. (Wiederholtes Hört! Hört! bei den Sozialdemo- kraten.) In Solingen wurde ein Genosse, der zum Reichsordnen ernannt war, vom Landrat gestraft, ob er zur Freiheit oder zur Arbeit gehöre. Schlimmer noch ist die durch kein Verbot ge- rechtigte militärische Schuchhaft. Wichtige Personen werden, oft infolge schmählicher Denunziationen, einfach in Haft gesetzt und zum Teil ohne Verbrechen mit ihren Verteidigern gelassen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) In einer Anzahl von Fällen sind sie einfach ins Meer gesteckt worden, obwohl sie kurz vorher für untauglich erklärt waren. (Hört! Hört! bei den Sozialdemo- kraten.) In das nicht ein Hohn auf Recht und Gesetz. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch vor dem Reichspräsidenten macht die Diktatur nicht halt. Erste Gründe waren er- hoben, der schämechte Rufus darf aufgeführt werden. Der Ober- kommande im 7. Korpsbezirk, Abg. Dr. Kramer, ist Oberauffassungs- und schreibt Artikel in der „Reinisch-Weißhaller Zeitung“ für Amerika. Er behandelte die Erklärung der Nationalverbände und der sozialdemokratischen Partei mit großer Maß. Redner bespricht dann eingehend die Behandlung der Reichstagsarbeiten des Bundes „Neues Vaterland“ und die Erlasse verschiedener Generalverordnungen. Wenn es so weiter geht, kommen wir zurück an den Zeiten der heiligen Allianz. Ist das das Ziel, für das das deutsche Volk die unerhörten Blutopfer bringt? Nach Anhalt ver- schiedener Kreise ist Frieden ohne Annexion also Landbesitz. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Da steht es geschrieben, daß die militärische Gewalt unfehlbar trifft, was dem Volk fremd ist. Das nicht Edward 1888 gerade mit den beiden Wilhelm den allerhöchsten Konflikt gehabt? Er liegt trotzdem, weil der Kronprinz auf seine Seite trat. Nicht jede Zeit hat Kronprinzen, die für Krönung sind. (Heiterkeit.) Die würde Edward von neuem heutigen Zensuren und Generalen behandelt werden. Auch heute laßt diese militärische Restpolitik wie ein Bild auf unserer Reichspolitik. Der Reichsleitung sind die Hände aus der Hand genommen. Unserem Genossen Bernheim wurde verboten, ein Werk, das erst nach dem Waffenstillstand herauskommen sollte, in einer beschränkten Anzahl von Exemplaren der Regierung und den Abgeordneten zuzustellen. (Hört! Hört! bei den Sozialdemo- kraten.) So stellt man Reichstag und Regierung unter Kontrolle des Ober- kommandos. Was will Parlament und Regierung suggerieren, daß das Verlangen nach Annexion die weiche Stimme des Volkes sei. Diesen verberblichen Wirrwarr gilt es zu zerlegen. Deshalb muß die Bahn frei gemacht werden für die Klärung der Kriegs- sache. Dann werden die Herren Anzionisten ihr blaues Wunder erleben. Das deutsche Volk will einen Frieden, der die Grund- sätze mit den Nachbarn ermöglicht, und meint die wüsten Eroberungspläne zurück. (Wohlbekannt Zustimmung bei den Sozialdemo- kraten.) Ein schwarzer Hoffnungsstrahl leuchtet aus dem Volkswinkel. Die Zeit ist überreif für den Frieden, es fehlt der Staats- mann, der den Ruf hat, das erste Wort zu sprechen. Deshalb muß das Volk es selber tun. (Wohlbekannt Zustimmung bei den Sozial- demokraten.) Das Ausland ist gar nicht auf die Artikel unserer Presse angewiesen. Es wird durch Spionage und aus anderen Kanälen weit besser informiert. Das gegenseitige Waffen und Hinterlistspielen unter dem Prange der Zensur ist daher eine Unbedeutendheit und ein Verbrechen an der Menschheit. Wenn dieses ver- berberische Spiel aufhört, wird sich eine verständliche Ueber- einstimmung der Völker in den Grundforderungen für den Frieden zeigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Land, das den ersten Schritt tut, wird seinen moralischen Kredit erhöhen. Die Reichsregierung hätte die Pflicht, den Belagerungszustand aufzu- heben, denn die verfassungsmäßigen Voraussetzungen liegen längst nicht mehr vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es darf nicht ein militärisches Regiment nach russischen Muster aufrecht- erhalten werden. Entweder ist die Regierung schamhaft die Militärdisziplin gegenüber, oder sie befindet sich im Gegensatz zu ihrer feierlichen Erklärungen und will die Kriegszeit mißbrauchen, ein reaktionäres Regiment einzuführen. Sollen wir noch dem Kriege denselben Kampf für unsere Sozialbürgerlichen Rechte und Freiheiten kämpfen, wie andere Völker vor hundert Jahren. Wir Sozialdemokraten sind bereit dazu und des Sieges bewußt. Die inneren Kämpfe werden dann aber Formen annehmen, gegenüber denen alles, was die Geschichte kennt, verfliehet. Wir wollen den bürgerlichen Rechtsboden nicht von der Militärdisziplin in Schanden schlagen lassen. Das geistige und öffentliche Leben Deutschlands muß befreit werden von dem alten Militärdespotismus. Darum: Hört mit dem Belagerungszustand und freie Rede dem freien Wort in Schrift und Rede. (Wohlbekannt Protest und Handclaffen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gerstenberger (Z.): Nicht nur die sozialdemokratische Presse leidet unter der Zensur. Auch die „Reinische Volkszeitung“ könnte manches über sagen. Die Unvollständigkeit in der Handhabung der Zensur muß beseitigt werden. Wenn dem einen gestattet ist, angereisen, muß auch die Abwehr gestattet werden. Manche Zensuren haben sogar den Redaktionen den Titel vorzuschreiben wollen. Die Präsidentenjurur will vielfach nicht dulden, daß die Zeitung mit weihen Stellen erscheint. Sie schämt sich ihrer Tätigkeit. Ich weiß, daß es aber ein neues Landrecht nötig, und die Zeitung kommt nicht rechtzeitig heraus. Das Verbot einer Zeitung ist zugleich eine Maß- nahme gegen die Geschäftsleute, die ihre Interessen ausgeben haben. Man sollte bei den nachstehenden Behörden mehr Verstandnis und mehr Achtung vor der Presse haben, dann wird sich auch ein Weg zum Ausfrieden finden. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. Hilscher (Op.): Den Belagerungszustand mit einem Feder- strich einfach aufzuheben, geht nicht an. Jedoch muß auch in ge- wissem Umfange das bürgerliche Rechtsleben wiederhergestellt werden. Im März konnte man Mißgriffe der Zensur noch für ver- einzelt bezeichnen. Deswegen müssen wir, daß die Zensur